

im Rat der Stadt Essen

Gemeinsame Pressemitteilung

An die lokalen Medien

Essen, den 26. November 2007

Pressemitteilung

CDU und GRÜNE wollen Jugendarbeit in Essen ausbauen

Die geplante Ausgliederung der städtischen Jugendzentren in die – 100%ige städtische Tochtergesellschaft – Jugendhilfe Essen gGmbH hat sowohl in der Öffentlichkeit als auch bei den Beschäftigten zu Irritationen geführt. Es wurden Befürchtungen laut, dass durch diese Maßnahme finanzielle Mittel für die Kinder- und Jugendarbeit eingespart und die Arbeitsbedingungen des Personals in der neuen Gesellschaft verschlechtert würden. Demgegenüber machten die jugendpolitischen Sprecher der CDU- und der Grünen Fraktion jetzt deutlich, dass nicht Abbau und Angebotsverschlechterungen, sondern im Gegenteil Ausbau und Qualitätsverbesserung das gemeinsam angestrebte Ziel ist.

Zum Hintergrund:

Bereits seit 6 Jahren wird im Jugendhilfeausschuss über eine Neuorientierung der Kinder- und Jugendarbeit in Essen diskutiert. Im März legte die Verwaltung jetzt Pläne für die Umsetzung des neuen Konzeptes vor. Hieraus geht u. a. hervor, dass es in einigen Stadtteilen einen zusätzlichen Bedarf an pädagogischen Fachkräften gibt, die durch personelle Verlagerung von anderer Stelle gedeckt werden soll. Der jugendpolitische Sprecher der CDU Fraktion, **Jörg Uhlenbruch**, fasst zusammen: „Die Kinder- und Jugendarbeit muss in den Stadtteilen ausgebaut werden, in denen die meisten Kinder und Jugendlichen leben. Zur Finanzierung des Ausbaus müssen Finanzmittel aus den Stadtteilen, in denen weniger Kinder und Jugendliche wohnen, umgeschichtet werden.“

Wenn jedoch – um die freien Träger nicht zu belasten - so viele hauptamtliche Fachkräfte aus den städtischen Einrichtungen abgezogen würden, wären manche städtischen Jugendzentren nicht mehr zu halten und sie müssten mittelfristig geschlossen oder die Angebote für Kinder und Jugendliche massiv eingeschränkt werden. Dazu sind CDU und Grüne aber nicht bereit und haben deshalb gemeinsam nach anderen Lösungen gesucht. So beauftragten die Fraktionen von CDU und Grünen – übrigens mit den Stimmen der SPD - die Verwaltung mit der Prüfung, ob durch eine Überführung der städtischen Kinder- und Jugendeinrichtungen in die städtische Tochtergesellschaft „Jugendhilfe Essen gGmbH“ finanzielle Synergien erreicht werden können, die dann für den Ausbau der Kinder- und Jugendarbeit genutzt werden können und den Abbau der städtischen Kinder- und Jugendarbeit verhindern. Das Ergebnis der Prüfung, die durch eine externe Institution der Kommunalaufsicht - die Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA) – durchgeführt wurde, war ermutigend: „Die durch eine Ausgliederung erzielbaren Synergieeffekte werden auf 3 Millionen Euro geschätzt, die nicht vom städtischen Kämmerer einkassiert, sondern zusätzlich in die Jugendarbeit fließen können. Dadurch können längst überfällige Stellen in Altenessen-Süd, im Nordviertel und in anderen Stadtteilen geschaffen werden,“ so **Christine Müller-Hechfellner**, jugendpolitischer Sprecher der CDU-Ratsfraktion.

Auch die betroffenen städtischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen haben durch die Überleitung keine Nachteile zu befürchten: Der größte Teil des Personals der städtischen Kinder- und Jugendarbeit soll in die Jugendhilfe Essen gGmbH überführt werden. Sie behalten vollständig ihre Rechte und Privilegien, kurz: für sie wird sich nur die Struktur des Arbeitsgebers verändern, einer 100%igen Tochter der Stadt Essen. Den Mitarbeitern, die nicht in die Jugendhilfe wechseln wollen, wird innerhalb des Geschäftsbereichs Jugend, Bildung und Soziales ein ihrer Qualifikation entsprechendes Angebot unterbreitet.

Der Darstellung des Personalrates, die Jugendhilfe Essen gGmbH wolle sich „mit der Einführung einer zweiten Tarifebene als Billigmacher im Konzern profilieren“ (Schreiben vom 19.11.07), müssen CDU und Grüne deutlich widersprechen. Die in der Jugendhilfe Essen gGmbH auf Grund von Personalfluktuatation eventuell neu einzustellenden Mitarbeiter erhalten eine Vergütung, die sich an dem Gehaltsniveau der übergeleiteten Mitarbeiter orientiert. In diesem Zusammenhang von Lohndumping zuspochen, ist eine bewusste Täuschung der Öffentlichkeit und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Eine weitere Bedingung für die Überleitung ist für uns darüber hinaus, dass die begonnenen Tarifverhandlungen mit ver.di zu einem Ergebnis führen, das den jetzigen tariflosen Zustand beendet und das insbesondere den Fortbestand der Jugendberufshilfe nicht gefährdet.

Rückfragen richten Sie bitte direkt an Christine Müller-Hechfellner (☎0163-5903100) oder CDU-Fraktion (☎ 8609400)